

# Neuer Anzeiger

## Das Handwerk an der Jahreswende.

Das Kreisen des gewerblichen Mittelstandes geht aus folgender Artikel, den wir im Interesse dieses hart geprägten Zweiges unserer Volkswirtschaft gerne bringen, wenn wir auch nicht mit jeder Einzelheit aus ohne weiteres identifizieren können. Die Schriftleitung.

Das Jahr 1929 hat dem gewerblichen Mittelstand keine Besserung seiner Verhältnisse gebracht. Wenn auch zu Beginn dieses Jahres die seit langem erhobene Forderung nach einer Handwerksnovelle der Gewerbeordnung erfüllt wurde, so dient die Neuordnung der gewerblichen Verhältnisse, die hiermit möglich wird, allenfalls einer auf lange Sicht betriebenen Mittelstandspolitik, eine unmittelbare Auswirkung war von ihr nicht zu erwarten. Dennoch hat man sich beinahe das ganze Jahr über mit ihr beschäftigt müssen; denn nachdem dieses Gesetz am 1. April in Kraft getreten war, war es Aufgabe sowohl der staatlichen Aufsichtsbehörde als auch der Handwerkskammern, die durch das Gesetz notwendigen Veränderungen auf dem Gebiete der mittelständischen Organisation in der Praxis durchzuführen. Es handelte sich sowohl um die Umgestaltung des Wahlrechts zu den Handwerkskammern, um bei deren Gleichstellung mit den Industrie- und Handelskammern, aber auch um die Neuordnung ihres Verhältnisses zur staatlichen Aufsicht. Eine Fülle von Verwaltungsanordnungen, Ausführungsanweisungen, Erläuterungen usw. mußte dabei umgesetzt werden, und es liegt auf der Hand, daß diese Arbeit von den Organen der Verwaltung nur in engem Zusammenhang mit den berufständischen Organisationen geleistet werden konnte. Dann kam die Auflegung der Handwerksnovelle, für deren praktische Durchführung ebenfalls eine Reihe juristischer und beratungstechnischer Maßnahmen von grundsätzlicher Bedeutung durchgeführt werden mußten.

Das alles hat aber natürlich an der Härte der Verhältnisse, unter denen Handwerk und Einzelhandel in dem nunmehr zu Ende gehenden Jahr wirtschaften mußten, nichts ändern können. Das Jahr war unglücklicher denn je. Die Härte der Verhältnisse zeigte sich mit besonderer Deutlichkeit auf dem Gebiete der Betriebsmittelversorgung. Das Jahr brachte eine weitere Verknappung der ohnehin infolge des Rückganges des reinen Personalkredits gering bemessenen Betriebskredite und die hohen Zinssätze nahmen in vielen Fällen den größten Teil der möglichen Verdienste weg, ließen in den meisten Fällen überhaupt ein Geschäft aussichtslos erscheinen. Eine besondere Sorge in diesem Zusammenhang bildet die Bekämpfung, deren unermessliche Härte natürlich durch die Verknappung der Betriebsmittelversorgung noch fühlbarer wird. Auch hier macht sich noch immer die Krang in den Kreisen des Mittelstandes bemerkbar. Steuererhöhungen und Steuermitteleinsparungen als etwas der Erfüllung des soliden Geschäftsmannes Widerspruch entgegenzusetzen ist herrscht infolgedessen eine gewisse Scheu, von den Rechtsmitteln Gebrauch zu machen, die unter Steuerrecht dem Einzelnen bietet. Es wird daher die Aufgabe der Berufsorganisation des Mittelstandes sein, durch weitestgehende Aufklärung und praktische Hilfe dafür zu sorgen, daß der gewerbliche Mittelstand in die Lage versetzt wird, die jedem Staatsbürger zustehenden Rechtsmittel zu benutzen.

Im übrigen hat aber auch die Wirtschafts- und Sozialpolitik einige Wege beschritten, die für das Handwerk und den Einzelhandel nicht ohne Gefahren sind. Das gilt sowohl hinsichtlich der neuerdings eifrig diskutierten Frage der paritätischen Umgestaltung der Handwerkskammern, eine Forderung, die den tatsächlichen Verhältnissen im Handwerk schon deshalb nicht gerecht wird, weil ungefähr zwei Drittel der selbständigen Handwerksbetriebe Alleinbetriebe sind. Auch das dem Reichstag zugegangene Verfassungskonzept macht dem Gedanken der paritätischen Umgestaltung der Handwerkskammern weitestgehende Konzeption. Eine ähnliche Frage von organisatorisch und wirtschaftlicher Bedeutung ist die Regelung der Lehrlingsverhältnisse auf dem Wege über die Verbindlichkeitsverträge oder Tarifverträgen. Dieses Jahr brachte besonders im Holzverarbeitungsgewerbe einen harten Kampf gegen diese Art der Bearbeitung der berufständischen Interessen. Es wird notwendig sein, daß das Verfassungskonzept im Reichstag in der nächsten Sitzung wird, daß in Zukunft diese Vorstöße der amfischen Lohnpolitik auf Gebiete, deren Bedeutung weit über die Lohnfragen hinausgeht, unterbunden wird. Ebenso gibt das dem Reichstag vorliegende, in absehbarer Zeit allerdings wohl kaum zur Verwirklichung gelangende Arbeitsgesetz die größten Bedenken Anlaß. Der Egoismus, der unter amtlichen Sozialpolitik anhäuft und der vor allem infolge der rücksichtslosen Gleichsetzung von Großbetrieb und Kleinbetrieb sich zu einer Gefahr für die letzteren ausweitet, die gar nicht ernst genug genommen werden kann, beherrscht auch diesen Gesetzentwurf vollkommen. Es wird die Aufgabe derjenigen politischen Parteien, die es mit dem gewerblichen und parlamentarischen Erziehung dieses Gesetzes auf die Erhaltung der Verhältnisse des gewerblichen Mittelstandes weitestgehende Rücksicht genommen wird. Eine Hoffnung, deren Erfüllung — wie die so vieler anderer — dem Jahre 1930 überlassen werden muß.

## Wirkung der jetzigen Personentarife.

Die Reichsbahn ist zufrieden.

— Berlin, 6. Januar.

Die Verminderung der Zahl der Wagenlasten auf der Reichsbahn ist am 7. Oktober 1929 vorgenommen worden; in Verbindung damit fand eine Neueinstellung der Einheitspreise für den allgemeinen Verkehr, die Erhöhung der Schnellzugzuschläge und die Neueinführung der Zuschläge für die Benutzung von Einzelzügen statt. Die Reichsbahn tat mit diesen durchgreifenden Veränderungen gewissermaßen einen Sprung ins Dunkle. Da vor der Neuordnung zuverlässige Unterlagen darüber fehlten, welche Verhältnisse bei der Benutzung der einzelnen Zugkategorien und Klassen eintreten würden. Seitdem ist weit über ein Jahr vergangen, und nunmehr ist die Reichsbahn in dem letzten erdennenen vorläufigen Rückblick auf das Jahr 1929 in der Lage, ein Urteil über den finanziellen Erfolg jener Maßregeln abgeben zu können. Dieses Urteil geht dahin, daß die durchgreifende Veränderung der Personentarife für die Reichsbahn im allgemeinen das gebracht habe, was billigerweise habe erwartet werden können. Trotz des Rückganges des Fernpersonverkehrs in seiner Gesamtheit, der keine Ursache sowohl in der ungünstigen

wirtschaftlichen Lage überhaupt wie auch in der Steigerung des Wettbewerbtes des Kraftverkehrs findet, ist die Einnahme für 1 Personenkilometer gestiegen.

Auch die erwartete Aufwanderung in die zweite Wagenklasse ist eingetreten. Die Steigerung der Einnahmen in der zweiten Klasse des Fernverkehrs betrug zum Beispiel in den ersten acht Monaten des Jahres 1929 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1928 rund 52 Prozent. Die erwarteten Einnahmen aus den Schnellzugzuschlägen sind eingetroffen; die neu eingeführten Einzelzugzuschläge haben die Benutzung der Einzelzüge nicht vermindert, der Verkehr hat in diesen Zügen sogar zugenommen.

Nicht eingetreten ist dagegen die durch Verbilligung der Fernreisen in Ein- und Schnellzügen erwartete Verkehrssteigerung.

## Arbeitsversicherung und Gemeinden.

Einigungsversuche zwischen den Instanzen.

— Berlin, 6. Januar.

Infolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen einer Anzahl von Gemeinden und der Reichsversicherungsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Entschädigung an die Gemeinden für Arbeiter, die sie im Interesse der Arbeitslosenversicherung ausführen, hat neuerdings der Präsident der Reichsanstalt darauf hingewiesen, daß nach seiner Auffassung die vorgedachten Beschlüsse ungerichtlich sind.

Die Heranziehung von Gemeinden zu Aufgaben der Arbeitslosenversicherung bezieht sich in der weit überwiegenden Mehrzahl aller Fälle darauf, daß von den Gemeinden entweder nur die Entgegennahme und Vorprüfung von Anträgen oder die Kontrolle der Arbeitslosen oder die Auszahlung der Arbeitslosenentlohnung oder auch mehrere dieser Aufgaben zusammen vorgenommen werden. Das für seien die Entschädigungssätze ausreichend.

Im übrigen werden der weitere Ausbau der inneren Organisation der Arbeitsämter ohnedies dazu führen, daß auch die Aufgaben der Arbeitslosenversicherung in steigendem Maße durch Dienststellen der Reichsanstalt selbst ausgeführt werden, und zwar werde das zunächst in den Gemeinden geschehen, die sich über eine zu geringe Entschädigung beklagen könnten.

## Römische Hochzeitsfeier.

Empfang beim König von Italien.

— Berlin, 6. Januar.

Zu Ehren seiner Majestät veranstaltete der König von Italien bei gutem Wetter eine Freizeugsitzung in seinem amnest von Rom gelegenen Jagdschloß. Die königlichen Schützen waren fast vollständig vertreten. Zunächst überbrachte das diplomatische Korps dem italienischen Königspaar die üblichen Glückwünsche zum neuen Jahre.

Abends haben sich die Feiern im Casino des Quirinals zu dem ersten Empfang anlässlich der bevorstehenden Hochzeit der Kronprinzen geöffnet. Das beim König akkreditierte diplomatische Korps, die Blücher und Damen des italienischen Hofes, die Beamten der höchsten obersten Kanäle waren fast vollständig vertreten. Zunächst überbrachte das diplomatische Korps dem italienischen Königspaar die üblichen Glückwünsche zum neuen Jahre.

Daran schloß sich der allgemeine Empfang, und bald füllten sich die Festsaal des Königspalastes mit einer aus erlebten Gesellschaft.

## Ein Archäologus von 4000 Personen.

Die italienischen Stämme brachten über fünfzig Könige

Heber angefertigt wurden. Die alte Dame sah auf einem Stuhl und unterwarf sich, die sich eben in dem schwarzen Jantendies aus ganz seinem glatten Tuch vor dem Spiegel hin und her drehte, einer genauen Würdigung.

„Sie nicht befallig.“ „Hochgelangt nicht du in dem Kleid aus, liebe Ase. Die Träger ist betont, aber sie nicht nicht zu büß.“ „Sie rief die Direktive an ihrer Seite, machte sie noch auf ein paar Kleinigkeiten aufmerksam. Die Inhaberin des Ateliers mußte sich selbst um Ase, neue reiche Schmuckstücke verordnete sie mit Liebenswürdigkeit.“

„Es trat das Brautkleid herbei. Aus blauweißer stumpfer Seide war es, mit schmalen Einsätzen aus weißer Seide, die Pauline Willibard hergegeben. In schmalgeramer Arbeit lagte sich das Gewand um den schlanken Wäbentkörper und die franzurker Manierdegriffe rief, die Fingerspitzen mit den hübschsten eleganten Nägeln zusammenstippend: „Welch eine bezaubernde Braut wird das gnädige Fräulein sein, der Herr Baron ist glückselig zu benehmen.“

„Sie war der Schmeichlerin, deren Schmeichelei in diesem Fall aber ganz eckig und aufrichtig gemeint war, herzlich dankbar. Sie wollte Franz gefallen, immer nur ihm gefallen, eine Lebensaufgabe schien es ihr.“

„Was es denn eine bessere Aufgabe, als sich zu bemühen, dem Manne, den man liebt und von dem man wiedergeblich wurde, zu gefallen? In jener Augen die Schönste zu sein.“

„Sie war so zu unendlich glücklich durch ihn, der ihr sein Herz gegeben, durch ihn, der ihr gelobt, sie gegen alle Unbill des Lebens zu schützen. Es war herrlich, sich so geliebt zu wissen.“

Und während den Ase Rameck das Brautkleid probierte, sah der Mann, an die sie mit ganz anderer Anstrengung dachte, mit Jutta Vinden in dem Gewand einer kleinen Beiratskammer, das jetzt am Nachmittag leer war und er zu später Abendstunde die meisten Besucher empfing. Sie hatten ein paar Delikatessen gegessen und eine flache Gett dazu getrunken.

(Fortsetzung folgt)

## Raubvögel über dem Rauneckhof

Originalroman von Arny v. Panhuys

88. Fortsetzung Nachdruck verboten

„Du der Mann, der, so sagen wir mal, der „Familienhase“, wäre im Turm eingemauert, ist hoch gar kein Grund vorhanden. Und so viel ich Fräulein Rameck kenne, ist ihr die Erhaltung des alten ehrwürdigen Turmes mehr, als die höchst fragliche Aussicht, ein paar silberne Oefen und ein paar Juwelen zu gewinnen.“

„Sie nicht ihm zur: „Sie tennen mich wirklich gut, lieber Herr Inspektor.“

„Franz hätte ich am liebsten nach Gassenjungenmanier nachgemacht. Lieber Herr Inspektor! Aber er vertritt es sich, durch heimlich, die längste Zeit war der „liebe Herr Inspektor“ auf dem Rauneckhof gewesen.“

„Jutta aber sah Ulrich Herdenberg fast herausfordernd an. „Die meisten Frauen denken anders wie Fräulein Rameck, Herr Inspektor. Wo es sich um große Werte handelt, müßten die meisten Frauen, genau wie ich es auch täte, alles daransetzen, sie zu erlangen. Wir zum Beispiel wäre, wenn ich vor die Wahl gestellt würde, der kleinste Brillant lieber als der alte Turm, in dem die Mäuse und Ratten Weisheit spielen und die Fledermäuse ihr Standquartier aufschlagen haben.“

„Aufstehend haben Sie also kein Gefüll für Weisheit, Fräulein Vinden“, gab er gelassen zurück.

„Jutta nickte mit den Schultern.“

„Es hat keinen Zweck, über die Sache zu debattieren, denn ich bin ja nicht die Herrin vom Rauneckhof.“

„Ihr Blick harrte nur den Bruchteil einer Sekunde lang auf Franz Willibards gebräuntem Gesicht, aber ein Wunsch, nein, ein Befehl war in diesem Blick.“

Der Baron sagte: „Ohne den alten Turm abzureißen, werde ich doch noch einmal alle Hebel in Bewegung setzen, damit ich meine zukünftige Gattin einmal mit den Juwelen, die verloren gegangen, schmücken kann.“

Jutta Vinden hörte den Doppelsinn aus den Worten „meine zukünftige Gattin“ deutlich heraus. Sie war damit gemeint, nur sie, und nicht die steifeste Ase Rameck, über die der Weg zu Reichtum und Glück führte.

Tage lang vom Franz Willibard über den Berg nach, allerlei sehr lächerliche Folgerungen waren das Ergebnis, aber da ein paar in die Praxis umgesetzte Proben aufs Exemplar festeren Himmelte er sich zunächst nicht mehr um die Schatzkammerentwürfe. Wenn er erst hier auf dem Rauneckhof geworden, würde er die Nachforschungen energischer betreiben.

Der Hahn aber stand hoch und stolz über der farnenden, aufstrebenden Wetterfahne. Wenn der Abend seine dunklen Schattungen um den alten Turm spannte, wenn die Ratten und Mäuse die Tänge begannen und die Fledermäuse durch ein zerbrochenes Turmfenster ihren nächtlichen Flug antraten, dann sah der Hahn weit zurück in die Vergangenheit. Der alte Traugott Rameck, der seit drei Generationen im Grade ruhte, wachte wieder auf um die Stunde der Witterung und sein weiches langer Bart flatterte im Winde. In seiner einen verflochtenen Zeit angehörenden Kleidung kam er dort brühen her, wo das Feld sich hügelan zog und wo der Weg zum Friedhof einmündete. Ein altes Steinkreuz erhob sich an der Stelle, ein Steinkreuz für eine böse Tat, über die man nichts Genaueres mehr wußte. Uragroßvater Traugott Rameck lehnte an dem Kreuz und nickte ihm zu und um den alten Turm Klang es gesterberb:

Des Hauses Glück kommt nur bei Nacht, Der alte Hahn an Turme wacht, Wenn du ihn siehst im feurigen Schein, Wieß du der Reiche im Lande sein!

10.

Ase stand vor dem großen Spiegel im Probierkabin der eleganten Modistin, bei der die Baronin Pauline Willibard arbeiten ließ und bei der ihr Brautkleid und ihre Reise-







# Nebrer Anzeiger

Alltägliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Volkshochschule: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenfeld 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:  
Stadtpostkasse Nebra — Sanktverein Aachen.

№ 4

Donnerstag, den 9. Januar 1930

43. Jahrgang

## Schmächte-Konferenz am Montag. Keine Erörterung der Sanktionsfrage.

Die sechs einladenden Großmächte sind am Montag mittags um 11.30 Uhr im Kreis der Minister ohne Hinsicht der Sachverständigen zusammengetreten. Hierbei gelangten die bisherigen reparationspolitischen Besprechungen der Finanzminister zusammengefasst, die die erste Reihe der künftigen finanzpolitischen Fragen abgehandelt haben, zur Erörterung. Die Sanktionsfrage wurde — wie ausdrücklich erklärt wird — in der Zusammenkunft nicht berührt, da die laufenden privaten Verhandlungen bisher die Frage für eine amtliche Besprechung noch nicht hinreichend gelöst haben.

Zunächst wurde die Frage der endgültigen Formulierung des gesamten Haager Schlussprotokolls, besonders die Formulierung der Präambel, verhandelt. Ueber die formale Bedeutung dieser Formulierung hinaus liegt hierin auch eine gewisse wirtschaftliche und politische Bedeutung, da die Präambel die Bedeutung und den Charakter der Haager Abmachungen festlegen soll. Ueber die Formulierung wird noch weiter verhandelt werden. In diesem Zusammenhang ist auf die Bedeutung hinzuweisen, die die Präambel in der Zeit bei dem Ganzen der Konferenz spielt.

Die Minister der sechs Großmächte haben sodann längere Erörterungen der bereits in der Pariser Besprechungen aufgeworfenen Frage genommen, ob die Reichsregierung verpflichtet ist, die monatlichen Youngzahlungen am 15. oder am Ultimo zu leisten. Es handelt sich hierbei um eine Jahresfrist.

Die allerdings verschieden ausgedeutet wird, jedoch für Deutschland eine weitere Erklärung von rund 9 Millionen Mark jährlich ausmachen würde, wenn die Reichsregierung die fälligen Monatsraten bereits am 15. jedes Monats zur Verfügung stellen müßte, während nach deutscher Auffassung diese Beträge erst am 30. verfügbar zu halten sind.

Von deutscher Seite ist in der Geheimhaltung der sechs Mächte der Standpunkt vertreten worden, daß Deutschland neue Zusicherungen über den Youngplan hinaus nicht übernehmen könne und daß die deutschen Young-Raten entsprechend dem internationalen Brauch zum Ultimo gezahlt werden müßten.

Reichsfinanzminister Molkenhauer hatte eine Unterredung mit Schatzkanzler Snowden, die der Vorbereitung der reparationspolitischen Fragen für die Zusammenkunft der sechs Mächte galt.

Dr. Curtius fährt nach Genf.  
Reichsaussenminister Dr. Curtius beabsichtigt an der Tagung des Völkerverbundes, die am 13. Januar in Genf beginnt, teilzunehmen, falls die Verhandlungen der Haager Konferenz seine Abwesenheit für einige Tage erlauben sollten.

Verhandlungen Schöber—Kleine Entente.  
Die bisherigen Reparationsverhandlungen des österreichischen Bundeskanzlers Schöber mit der rumänischen Abordnung und den übrigen Staaten der Kleinen Entente sind vorläufig ohne Ergebnis verlaufen.

Der Reparationsausschuß der Konferenz trat zu einer letzten Sitzung zusammen, in der ausschließlich die österreichische Reparationsfrage zur Erörterung kam. Die Verhandlungen begannen mit einer Erklärung Schöbers, daß Österreich seiner gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Lage nach nicht in der Lage ist, irgendwelche Reparationszahlungen oder Leistungen aus anderen Schuldteilen zu tragen.

Die österreichische Bevölkerung würde es nicht verstehen, wenn heute derartige Vorkälle übernommen würden, wo die gesamten wirtschaftlichen Kräfte bis zum letzten für den Wiederaufbau des Landes in Anspruch genommen würden.

Der Kampf um die Sanktionsfrage.  
Englische Pressekritik.  
London, 7. Januar.

Ein Teil der Morgenblätter bringt einen erlösen zusammenfassenden Bericht über den bisherigen Verlauf der Haager Konferenz. Allgemein wird die freundschaftliche Atmosphäre der Verhandlungen betont. Die „Times“ gibt über die britische Auffassung in der Sanktionsfrage eine Darstellung, in der u. a. erklärt wird:

Nach englischer Ansicht sei es ein Fehler gewesen, die Frage überhaupt aufzutreten.

Es sei zwar wahr, daß Briand sich in der französischen Kammer auf Artikel 480 des Vertragstextes bezogen habe, aber es erhebe Zweifel, ob die deutschen Nationalisten auf einer festgelegten Forderung bestanden hätten, wenn in der französischen Kammer nicht der Bericht gemacht worden wäre, die Angelegenheit wieder aufzurollen und Snowden in der unfairen Weise zu belästigen, daß er im Haag die Frage zur Sprache bringen wollte. Zweifelhaft ist, ob diese unethische Bewegung wirklich im Interesse Frankreichs liegt.

Im Hinblick darauf, daß die deutsche und die französische Auffassung klar bargelegt.

Auf deutscher Seite behauptet man, daß die Franzosen irgendeinen Vorwand für die Anwendung des Artikels 480 finden könnten; auf französischer Seite behauptet die Furcht, daß eine andere deutsche Regierung nicht unter Einfluß der Deutschnationalen die Zahlungen einstellen könnte. Auf beiden Seiten würden entsprechende

Erörterungen um Reichstag bzw. von der französischen Kammer für notwendig gehalten.

Die englische Auffassung geht dahin, daß eine absolute Zahlungseinstellung für Deutschland unmöglich sei, da der Kredit Deutschlands dadurch völlig erschüttert würde. Snowden habe dem Finanzminister Molkenhauer dargelegt, daß Großbritannien an der Sanktionsfrage nicht interessiert sei. In britischen Kreisen erwarre man, daß die Frage im weiteren Verlauf der Haager Verhandlungen — wenigstens wie bisher amtlich anerkannt werde — gegen die deutsch-französische Aussprache sei nicht einzuwenden, und tatsächlich habe sich bereits eine Formel abgezeichnet, die militärische Sanktionen ausübt, aber innerhalb der Grenzen des internationalen Rechts die Anwendung militärischer Sanktionen erlauben würde.

In der Sanktionsfrage berührt der „Daily Herald“ über den „Times“-Bericht hinausgehend, wenn auf deutscher Seite der Wunsch besteht, eine schriftliche Erklärung der Gläubigermächte zu erhalten, durch die ein Verzicht auf alle zünftigen militärischen Sanktionen ausgesprochen werde, so behaupte wahrscheinlich auf französischer Seite die gleiche Entschlossenheit, nicht auf Vertragsrechte zu verzichten. Tardieu lehne jetzt aus innerpolitischen Gründen die Unterzeichnung jeder Erklärung ab, die als ein Verzicht auf Vertragsrechte ausgelegt werden könnte.

Die materiellen Fragen.  
Haag, 8. Januar.

Zu den materiellen Fragen gehört in erster Linie die den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildende Frage des Zahlungstermins für die deutschen Young-Rückstellungen. Ein Ergebnis ist in dieser Frage nicht erzielt worden, da die Auffassungen sich zunächst noch scharf gegenüberstehen. Es konnte vor allem keine Klarheit darüber geschaffen werden, was die Pariser Sachverständigen sich gebildet haben.

Die deutsche Abordnung hat auf Grund der Verhandlungen Dr. Schacht und Geheimrat Kästl ersucht, nach dem Haag zu kommen.

Der Reichsbankpräsident kam jedoch erst zum 12. zu der einberufenen Sitzung des Baden-Badener Ausschusses für die WZ, im Haag eintreffen, während Geheimrat Kästl bereits heute hier eintrifft.

Zu den materiellen Fragen gehört ferner die Frage der veränderten Einnahmen, an denen nach dem Damesplan die alliierten Gläubigermächte ein direktes, nach dem Youngplan nur ein negatives Vorkaufsrecht besitzen. In den gegenwärtigen Verhandlungen ist auf allierter Seite der Wunsch aufgetaucht, in Veränderung des Damesplans eine positive Regelung zu schaffen und damit die veränderten Einnahmen für die Zölle, die Biersteuer, Weinsteuern, das Spiritusmonopol usw. dem direkten Zugriff der Gläubiger wieder zuzuführen. Die deutsche Abordnung hat in den bisherigen Verhandlungen dieses Ansinnen abgelehnt und verlangt, daß der klare Vorlauf des Damesplans nicht verfehlt werde.

Ferner wird in den weiteren Verhandlungen über die materiellen Fragen gefordert werden müssen, wie das deutsch-englische Abkommen über die Liquidation des deutschen Eigentums in die Bestimmungen des Schlußaktes der Haager Abmachungen über die Regelung der Vergangensehuld eingeleitet werden soll.

Weiter ist das Schreiben des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in der Anlage I des Youngplans über die Goldschuldungspflicht der Reichsbank erörtert worden. Auf diesen Punkt ist die endgültige Formulierung dieser an sich gestellten Frage durch den juristischen Ausschuss erfolgt.

Zu den formal-technischen Fragen gehört ferner die Formulierung der Schuldverpflichtungen, die die Reichsregierung den Gläubigermächten zu übernehmen hat. Zu den noch offenen formal-technischen Punkten gehört endlich die Klärung der

Bestimmungen des Artikels 24 des Youngplans, und zwar die Entscheidung darüber, inwieweit Beschlüsse des Betrags der WZ, über ein deutsches Transformationsgesetz durch die Sanktion, oder die es im Youngplan heißt — „notwendigfalls“ durch die Regierungen durchzuführen sind. Diese Frage ist gleichzeitig dem Juristen-Ausschuß zur Klärung überlassen worden. Zum Schluß muß noch die Frage der deutschen sinistren Einlagen bei der WZ, geklärt werden.

Die Beratung der fünf Gläubigermächte.  
Die fünf großen Gläubigermächte haben in langen außeramtlichen Zusammenkünften Verhandlungen über die grundsätzliche Frage erörtert, was nach dem im Youngplan vorgeschlagenen zweijährigen Zahlungsrotatorium mit den aufgelaufenen Zahlungen zu geschehen habe.

Es handelt sich um die im Youngplan offen gelassene Frage, wie diese Zahlungen dann an die Alliierten überführt werden sollen. Die Gläubigermächte haben die Forderung gestellt, daß die während des Rotatoriums aufgelaufenen Zahlungen entweder auf einmal oder in Doppelraten gleichzeitig mit den neuen fälligen Young-Zahlszahlungen zu leisten seien.

Die deutschen Vertreter haben diese beiden Zahlungsmodalitäten abgelehnt, da damit der wesentliche Zweck des Rotatoriums gefährdet würde.

Die Gläubigermächte wiesen jedoch darauf hin, daß in den Beträgen zwischen den Gläubigermächten und den derzeitigen Staaten ein derartiges Verfahren vorgehen sei und betonten, daß Deutschland im Falle von Schwierigkeiten ein neues Zahlungsrotatorium beantragen könnte.

Demgegenüber hat die deutsche Abordnung verlangt, daß nach dem Ablauf eines Zahlungsrotatoriums der im Youngplan vorgezeichnete Sonderausfluß mit der deutschen Regierung über den Zahlungsmodus in Verhandlungen einzutreten soll, um finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten zu vermeiden. Die Verhandlungen ergaben jedoch keine Einigkeit über diese Frage; die Auffassungen standen sich zunächst scharf gegenüber. Die Besprechungen werden fortgesetzt.

## Ein Monstre-Fälschungs-Prozess.

Die Tschernozentzler vor Gericht.  
Berlin, 7. Januar.

In Moskau begann unter großem Andrang von Pressevertretern der Prozess gegen die Tschernozentzler. Von den Angeklagten, unter denen sich zwei Gelehrte befanden, fehlte der Buchdruckermeister Schneider. Das Gericht beschloß, das Verfahren gegen ihn abzuturnen, ebenso das Verfahren gegen den Angeklagten Kipping-München, der nur von Schneider belastet wird. Danach ist nur noch gegen sieben Angeklagte, die des Münzverbrechens der Fälschung bezug, des Scheinens, der Fälschung und des Scheinens, zu verhandeln. Sie sind sämtlich mit Verurteilung ergriffen.

Neben den sieben Hauptangeklagten, den Georgiern Vasilios Sadatgerischwili und Calma Karumidze, die von Reichsanwalt Dr. Weer verteidigt werden, haben auf der Anklagebank Platz genommen: Ingenieur Dr. Leonidow Becker-München, Ingenieur Dr. Eugen Weber-München, Kaufmann Wilhelm Schmidt-Münster und Buchhändler Karl Böhle-Frankfurt a. M., den Reichsanwalt Dr. Sack-Berlin verteidigt. Schließlich ist auch noch als Angeklagter der Elektroingenieur Georg Bell-München, der angeblich fälschig gemein sein sollte, erschienen.

Von den Verteidigern der in München wohnhaften Angeklagten wurde zunächst lediglich die Zulässigkeit dieses Gerichtes bestritten. Das Gericht lehnte die Anträge der Verteidigung ab. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses begann die Vernehmung der Angeklagten zu ihrer Person und zur Sache.

Die Vernehmung des Angeklagten Karumidze gestaltete sich recht langwierig, da dessen russische Ausführungen sehr viele nachvollzogen werden mußten. Karumidze wurde nach dem Kriege Mitglied des Nationalrates und des ersten georgischen Parlamentes. Er ist Mitglied einer der nationaldemokratischen Partei. Nach der 1921 erfolgten Verlegung Georgiens durch Sowjettruppen ging er aus patriotisch-ethnischen Gründen nach Deutschland, weil er unter Außenminister Dr. Stresemann Schutzsuche für Georgien fand.

Um die Verleumdungspolitik Georgiens zu überlegen, suchte er nach Geldmitteln, die er zum Teil auch bekam, und zwar von Geisler, deren Namen er nicht nennen will. Dann ist er russischer Fälscher geworden und hat die Sowjet-

gegen die Sowjet-

legen die Sowjet-

legen die Sowjet-

legen die Sowjet-

legen die Sowjet-

legen die Sowjet-

legen die Sowjet-

legen die Sowjet-

legen die Sowjet-

legen die Sowjet-

legen die Sowjet-

legen die Sowjet-

